

European Campus

Fünf Universitäten arbeiten am Oberrhein zusammen

Auf der Jagd nach einer Milliarde Euro Forschungsgeldern

Quantentechnologie und Life Sciences sind die Schwerpunktthemen der Kooperation. Bei beiden ist die Uni Basel top, aber alleine zu klein. Mit den Partnern hat sie gute Chance auf EU-Förderung und wird Vorreiter in Europa.

VON PETER SCHENK

Der EU ist es ernst. Eine Milliarde Euro an Forschungsgeldern sollen 2018/2019 in die Quantentechnologie investiert werden. Es ist eines der sogenannten «Flagship-Projekte».

Durch die neue Technologie sollen Computer und digitale Prozesse enorm beschleunigt werden. Die Uni Basel ist in der Quantentechnologie sehr gut aufgestellt. So ist der Basler Professor der theoretischen Physik, Daniel Loss, eine Koryphäe auf diesem Gebiet und wurde in den vergangenen Jahren mit zahlreichen hoch dotierten Preisen ausgezeichnet. Dennoch gibt es ein Problem: «Unsere Teams sind zu klein. Wir brauchen noch mehr Köpfe», erklärt Uni-Rektorin Andrea Schenker-Wicki.

Die Lösung liegt am Oberrhein, wo sich fünf Universitäten (siehe Box) im European Campus zusammengeschlossen haben. Eine Struktur für gemeinsame Forschungsprojekte besteht also bereits. Vorteile bringt das bei der Quantentechnologie - eine von zwei Schwerpunktthemen des European Campus. «Wir sind dabei, in diesem Bereich ein Cluster aufzubauen, indem wir mit der Universität Freiburg zusammen arbeiten. Später könnten

weitere Universitäten folgen», sagt Schenker-Wicki. Durch die so entstehende kritische Masse rechnet sie sich gute Chancen aus, an EU-Forschungsgeldern zu kommen. In Brüssel dürfte man die Aktivitäten am Oberrhein mit Interesse beobachten. «Die EU möchte dieses Technologiefeld fördern, weil Europa achtgeben muss, dass die Amerikaner nicht die besten Köpfe abwerben. Es geht in diesem Bereich um sehr zukunftsstrahlende Branchen mit einem grossen ökonomischen Potenzial, das wir natürlich für uns erschliessen möchten», kommentiert die Rektorin.

Graduierten Akademie gegründet

Für den Aufbau des Clusters wurde eine Graduierten Akademie mit 50 Stellen für Postdocs gegründet. «Diese jungen Wissenschaftler führen kleine Teams von Doktoranden und bereiten sich intensiv auf eine akademische Karriere vor. Das Projekt ist auf zehn Jahre angelegt», berichtet Schenker-Wicki. Möglich wurde dies durch Gelder der Endress-Stiftung, die zehn Millionen Franken im Bereich Quantentechnologie investiert. Die Verträge über diese Drittmittel wurden gerade unterschrieben. Positiv wirkt sich aus, dass die Lebenshaltungskosten in Freiburg niedriger als in der Schweiz sind.

Der zweite strategische Bereich der fünf Universitäten ist «Personalized

FORSCHUNGSSTRATEGIE

Von Eucor zum European Campus

Die Zusammenarbeit der oberrheinischen Universitäten Basel, Freiburg im Breisgau, Haute-Alsace (Mulhouse und Colmar), Karlsruhe und Strassburg gab es bereits ab 1989 unter dem Namen Eucor. 2013 beschlossen die Unis, unter der neuen Bezeichnung European Campus eine Forschungsstrategie zu erarbeiten. Ziel ist es, im Konkurrenzkampf mit den grossen Universitäten Zentren zu bestehen. 2015 schufen sie mit der Gründung des Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) eine Struktur, die es ihnen ermöglicht, gemeinsame Forschungsprojekte zu starten und auch Professuren und Lehrstühle zu gründen. (FSZ)

Health Care», gehört also zu den Life Sciences. Auch hier bringt der European Campus für die Uni Basel einen konkreten Mehrwert. Es geht darum, bessere und effizientere Therapien zu entwickeln, die auf den Patienten zugeschnitten sind. Hintergrund ist die Erkenntnis, dass Medikamente nicht bei allen Menschen gleich gut wirken, im schlechtesten Fall nur bei jedem vierten Patienten.

Sehr viele klinische Daten nötig

Vor allem in der Krebstherapie verspricht man sich durch «Personalized Medicine» grosse Fortschritte. «Um zu analysieren, welche Art von Tumor auf welches Medikament anspricht, braucht man allerdings sehr viele klinische Daten», sagt Schenker-Wicki. Die grosse Aufgabe werde man sicher teilweise gemeinsam angehen. Tatsächlich macht das Sinn, erhält man doch mit den Universitätskliniken von Strassburg, Freiburg und Basel einen riesigen Datenpool für die Forschung.

Schenker-Wicki sieht allerdings auch mögliche Probleme bei diesem Projekt, das sie um einiges delikater und komplexer einschätzt als jenes der Quantentechnologie: «Es ist schwierig, weil es sich hier um Patientendaten handelt, die einen besonderen Schutz geniessen und weil wir in unterschiedlichen Ländern mit unterschiedlicher Gesetzgebung tätig sind.» Es

gebe noch eine Reihe juristischer Probleme zu lösen.

Neben den beiden strategischen Themen ist für die Uni Basel auch eine Zusammenarbeit in einzelnen Bereichen der Geisteswissenschaften denkbar, dort, wo sie alleine zu klein ist oder wo sie ergänzt wird. In Bezug auf Freiburg stellt sich aber das Problem, dass die Studierenden nicht gleichzeitig an beiden Hochschulen Vorlesungen besuchen können, weil die Semesterzeiten nicht angepasst sind. Freiburg will dies ändern, was sich auch auf die Mobilität der Studierenden positiv auswirken würde.

Während Basel sich bei der Zusammenarbeit der Universitäten am Oberrhein lange Zeit nur sehr verhalten engagiert hat, hat sich das gründlich geändert. Statt einer abstrakten Kooperationsidee winken heute konkrete Vorteile. Beim Werben um europäische Forschungsgelder steht man zudem nicht in Konkurrenz mit Schweizer Universitäten. Kommt hinzu, dass sich der französische Präsident Emmanuel Macron und der Europarat dafür ausgesprochen haben, dass bis 2024 zwanzig europäische Universitäten entstehen sollen. Am Oberrhein gibt es diese europäische Universität schon. Ausserdem ist sie nicht nur binational wie von Macron gefordert, sondern trinational. Ihren Vorsprung sollte sie zu halten wissen.

«Die politische Ausgangslage ist ausgezeichnet»

Forschung Andrea Schenker-Wicki, Rektorin der Universität Basel, freut sich über die Unterstützung durch Deutschland und Frankreich.

Naturwissenschaften sowie die Medizin mit den Sozial- und Geisteswissenschaften kombiniert. Auch die ETH baut ihre Sozial- und Geisteswissenschaften aus.

Aber ist das für die Uni Basel nicht zu viel?

Wie gross diese Einheiten sein sollen, darüber kann man selbstverständlich diskutieren. Die Universität Basel hat bereits einen starken Fokus auf die Life Sciences sowie die Medizin und ist in den Sozial- und Geisteswissenschaften nicht so breit aufgestellt, dass mir spontan ein Bereich einfielen, den man ohne Probleme einfach streichen könnte. Leider konzentrieren sich diese Diskussionen nicht auf Inhalte, sondern sind meistens von einem Sparwillen getrieben. Wenn man sparen will, müsste man bei den kostenintensiven Wissenschaften ansetzen wie den Life Sciences, der Medizin und den Naturwissenschaften. Wenn man allerdings dort ansetzt, dann schneidet man sich ins eigene Fleisch, denn Life Sciences und Medizin sind wesentliche Treiber für die Entwicklung des Wohlstandes und die Wertschöpfung in unserer Region.

In Basel drohen aber Einschränkungen. Die FDP Baselland stellt die Volluniversität infrage. Wie stehen sie dazu?

Die Meinungen, was eine Volluniversität ist, gehen auseinander. Ich denke, dass eine Life-Sciences-Universität ohne Sozial- und Geisteswissenschaften nicht funktionieren kann. Die besten Universitäten der USA - Harvard, das MIT oder Stanford - setzen auf eine Universität, die Life Sciences und

Sie setzen sich sehr für den European Campus ein. Gibt es auch Schwierigkeiten?



Andrea Schenker-Wicki vor einem Bild, das ihr Vater gemalt hat. KENNETH NARS

Wenn wir Probleme haben, dann in den administrativen Abläufen. Die Bürokratie ist in den drei beteiligten Ländern sehr unterschiedlich. Wir Schweizer sind in dieser Beziehung sehr viel pragmatischer als unsere Nachbarn. Das ist manchmal etwas gewöhnungsbedürftig. Aber das persönliche Einvernehmen ist so gut, dass wir

diese Schwierigkeiten immer überwinden konnten und auch in Zukunft überwinden werden.

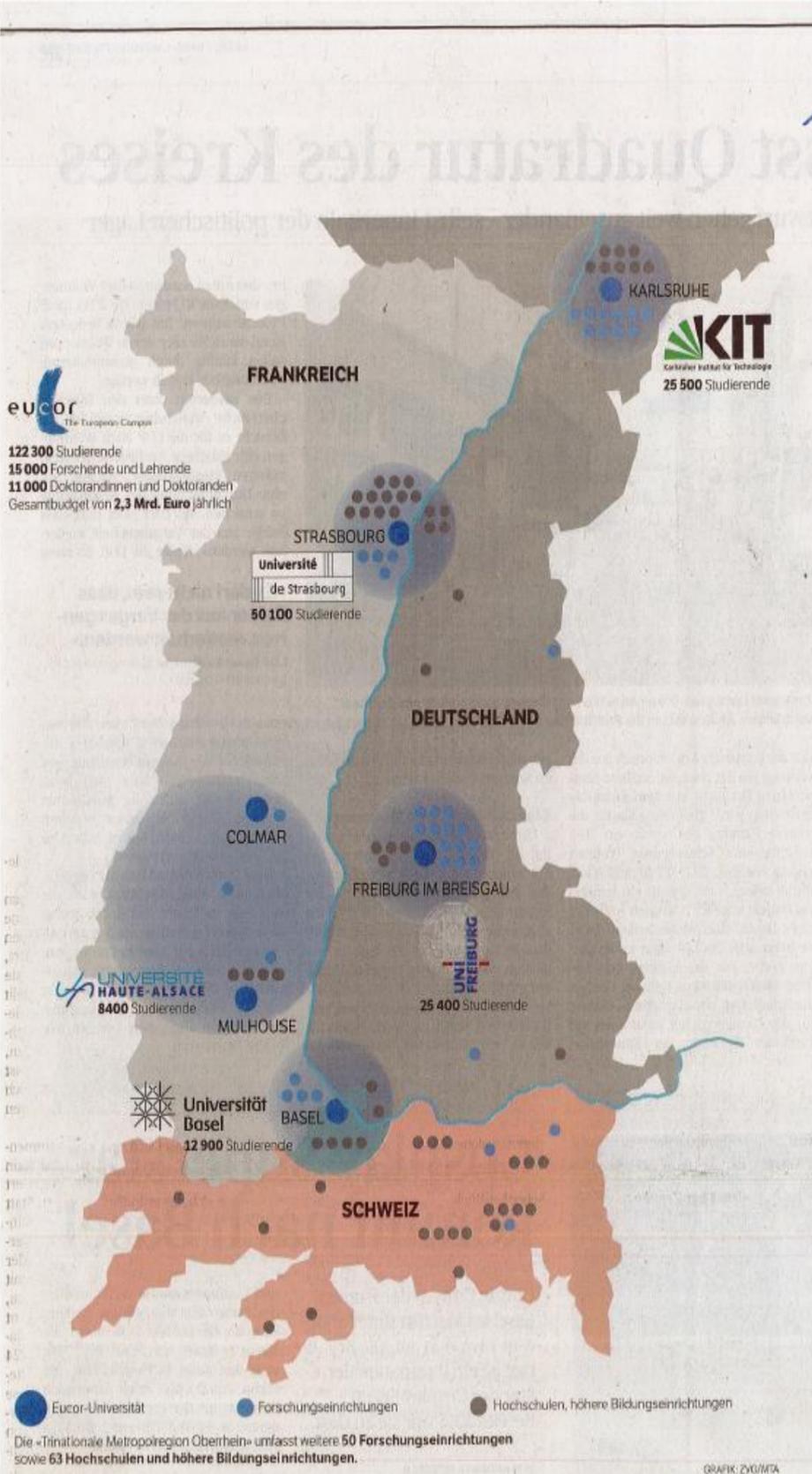
Wo möchten Sie mit dem Projekt in fünf oder zehn Jahren stehen?

Mein Wunsch wäre es, dass wir in einigen Bereichen mit unserer gemeinsamen Forschung eine Ausstrahlung er-

reichen, die über die Grenzen strahlt und Bestand hat. Dies bedeutet zum Beispiel, dass wir uns in denjenigen Fächern, wo wir selbst keine kritische Grösse haben, zusammen tun und gemeinsame Projekte realisieren. Es wäre schön, wenn unsere Zusammenarbeit eine europaweite Ausstrahlung hätte und damit ein Vorbild für andere Regionen sein könnte. Auch hoffe ich, dass unsere Studentinnen und Studenten zwischen den Universitäten vermehrt zwischen unseren drei Ländern zirkulieren und sich dabei eine gewisse kulturelle Vielfalt aneignen, die weltweit einmalig ist.

Wie schätzen Sie die Chancen für das Projekt ein?

Für uns ist es eine grosse Chance, dass Deutschland und Frankreich dieses Projekt mit der «kleinen» Schweiz durchführen. Dass Präsident Macron derart gut auf unsere Zusammenarbeit reagiert hat, freut mich natürlich sehr. Die politische Ausgangslage ist im Moment ausgezeichnet. Dazu kommt, dass der langjährige Rektor der Universität Strassburg, Alain Beretz, heute als Direktor der Abteilung Forschung und Innovation im Pariser Ministerium für Wissenschaft und Bildung eine wichtige Position einnimmt und unsere Bemühungen ebenfalls unterstützt.



Die «Trinationale Metropolregion Oberrhein» umfasst weitere 50 Forschungseinrichtungen sowie 63 Hochschulen und höhere Bildungseinrichtungen.

GRAFIK: ZYU/MTA

MEIN LEBEN IM DREILAND

Im Elsass zahlt der Staat die Pastoren

Das Elsass ist in vielem ein wenig anders als der Rest Frankreichs. Das gilt auch für die Kirche. Während in Frankreich 1905 die Trennung zwischen Staat und Kirche verfügt wurde, werden die elsässischen Pastoren und Rabbiner bis heute direkt vom Staat entlohnt. Dieser darf sogar die Bischöfe von Strassburg und Metz ernennen.



von Peter Schenk

Zurück geht dies auf das napoleonische Konkordat von 1801. Bei seiner Abschaffung gehörten das Elsass und der deutschsprachige Teil Lothringens zum Deutschen Reich - 1918 kamen sie wieder zu Frankreich. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde beschlossen, dass die drei betroffenen Départements einen Sonderstatus erhalten, das sogenannte «droit local». Das Lokalrecht schreibt vor, dass Regelungen und Gesetze in Bezug auf die Sozialhilfe, Ferien, das Gesundheitssystem oder auch die Kirche aus der deutschen Zeit weiterbestehen.

Um die 1200 Personen erhalten so ihre Gehälter vom französischen Staat. Es entspricht für einen Pastor ungefähr dem Gehalt eines Primarschullehrers, für einen hochrangigen Kirchenvertreter dem eines Schuldirektors. Finanziert wird dies aus den Steuern ganz Frank-

@peter.schenk@bzbasel.ch

reichs. Es sind also nicht nur die elsässisch-lothringischen Steuerzahler, die für die Kirchen aufkommen. Eine Kirche, während in Frankreich 1905 die Trennung zwischen Staat und Kirche verfügt wurde, werden die elsässischen Pastoren und Rabbiner bis heute direkt vom Staat entlohnt. Dieser darf sogar die Bischöfe von Strassburg und Metz ernennen.

In Deutschland zieht der Staat die Kirchensteuer mit der Lohnsteuer ein und überweist sie an die Kirchen. Wer angestellt ist, wird zudem an der Quelle besteuert. Wer in Deutschland keine Kirchensteuer mehr zahlen will, muss aktiv aus der Kirche austreten.

Die langen Jahre, die ich im Elsass gewohnt habe, hat mich nie jemand nach meiner Konfession gefragt. Sogar, als ich meine Aufenthaltsgenehmigung beantragt habe, war das kein Thema. Das war noch bequem, weil ich mich nicht entscheiden musste, wie ich zur Kirche stehe. Mit meinem Umzug nach Basel war es damit vorbei: Ich musste meine Religionszugehörigkeit bekennen. Bei der Anmeldung habe ich «reformiert» angekreuzt. Die Rechnung für die Kirchensteuer erhalte ich direkt von der Kirche. Sie beträgt acht Prozent der Staatssteuer.

Das es historische Unterschiede zwischen Reformierten und Lutheranern gibt, habe ich erst später verstanden. So war es im Zeitalter der Reformation undenkbar, zwischen den Konfessionen zu heiraten. Heute fallen mir Kleinigkeiten auf. So war im «Kirchenboten» Anfang Jahr mehrfach vom Unservater die Rede. Bei mir zu Hause heisst es hingegen Vaterunser. Woher dieser Unterschied kommt, weiss wohl nur der liebe Gott.

Kaderpolizist verliert vor Gericht

Der Leiter der Abteilung Verkehr innerhalb der Basler Polizei, Bernhard Frey Jäggi, hat gemäss übereinstimmender Berichterstattung von «Onlinereports» und «Telebase» gestern eine Niederlage vor dem Verwaltungsgericht erlitten. Er hatte sich daran gestossen, dass Pikettendienste der vier ranghöchsten Polizisten nicht extra entschädigt werden. Das sogenannte Kommando-Pikett sieht vor, dass die Vertreter der höchsten Führungsebene je ein Vierteljahr auf Abruf bleiben müssen, was nicht

dieser Dienst im Grundlohn der Lohnklassen 18 bis 21 enthalten sei. Frey Jäggi befindet sich in Lohnklasse 21. Diese beginnt gemäss aktuellem Lohnsystem im ersten Dienstjahr bei 137 500 Franken brutto jährlich. Frey Jäggi hatte zusätzliche Pikettendienst-Zulagen in der Höhe von 4,30 Franken in der Stunde verlangt und gegen Dür rekuriert.

Frey Jäggi stand schon mehrfach in der Kritik. Zuletzt berichtete die bz, dass er unter besonderer Beobachtung des Korps' stehe, da in seiner Abteilung